

Teuerster Wahlkampf in der US-Geschichte

Präsidenten- und Kongresswahlen: Bush und Gore in Umfragen gleichauf

WASHINGTON: Nach mehr als einjährigem Wahlkampfmarathon um die Nachfolge von US-Präsident Bill Clinton hatten gestern die Wähler das Wort: Das Rennen um das Weisse Haus zwischen den Haupttrivale Al Gore und George W. Bush war zugleich das spannendste seit 40 Jahren. Der Ausgang war auch am Wahltag noch völlig offen.

Vizepräsident Gore von den Demokraten und der republikanische Gouverneur Bush aus Texas liegen seit Wochen in Umfragen Kopf an Kopf. Gewählt wurden auch ein neuer Kongress und elf der 50 Gouverneure der Einzelstaaten. Mit drei Milliarden Dollar war es der teuerste Wahlkampf in der US-Geschichte.

Die Präsidentschaftskandidaten der beiden grossen Parteien gaben sich siegessicher. Bush war bereits in einer ersten kleinen Abstimmung in zwei entlegenen Orten in New Hampshire, Hart's Location und Dixville Notch, siegreich. Dort wird traditionell schon um Mitternacht (Ortszeit) gewählt. In der Vergangenheit liess sich aus den



Der demokratische Präsidentschaftskandidat Al Gore hat am Dienstagmittag (Ortszeit) in seinem Heimatstaat Tennessee seine Stimme abgegeben. (Bild: Keystone)

Ergebnissen dort jedoch kein landesweiter Trend ableiten. Allgemein öffneten die ersten Wahllokale im Westen der USA um 6 Uhr (12 Uhr MEZ).

Die Kandidaten hatten bis zuletzt um die Gunst der Wähler

gekämpft. Seit dem Wochenende absolvierten Bush und Gore beinahe rund um die Uhr Dutzende Wahlkampfauftritte vor allem in den Staaten, in denen das Rennen eng wird und denen auf Grund des Wahlsystems ei-

ne Schlüsselrolle bei der Wahl des 43. Präsidenten zufällt. Denn gewählt wurden gestern eigentlich nicht die Präsidentschaftskandidaten, sondern in jedem Staat je nach dessen Bevölkerungszahl eine bestimmte Anzahl von Wahlmännern. Insgesamt sind es 538 Wahlmänner. Um zum Präsidenten gewählt zu werden, sind die Stimmen von mindestens 270 Mitgliedern des Wahlkollegiums nötig. Dem Sieger in einem Staat fallen sämtliche Wahlmännerstimmen zu.

Gore trat um Mitternacht auf der Abschlusskundgebung in Miami im Staat Florida auf. Er habe keinen Zweifel, dass er den Tag als gewählter Präsident beenden werde, sagte Gore. Auch Bush zeigte sich bei seiner Rückkehr von der Wahlkampf tour in die texanische Hauptstadt Austin sicher, dass er gewinnen werde. Bush wählte am Vormittag mit seiner Frau Laura in Austin. Gore wollte nach einer kurzen Rast in Nashville in seinem Heimatstaat Tennessee wählen.

In den Meinungsumfragen wurde der Abstand zwischen Bush, der landesweit knapp führte, und Gore zum Wahltag hin immer enger. Zum Zünglein an der Waage könnte der Grünen-Kandidat Ralph Nader

werden, der nach Umfragen zwar nur bis zu fünf Prozent der Stimmen erhalten dürfte, aber dem liberalen Gore entscheidende Stimmen abnehmen könnte. Der neue Präsident tritt sein Amt am 20. Januar an.

Bei der Kongresswahl konzentriert sich das Interesse auf die Frage, ob die Republikaner ihre Mehrheit in beiden Kammern halten können oder die Demokraten zumindest eine Kammer für sich gewinnen werden.

Hacker am Werk

WASHINGTON: Computer-Hacker sind nur wenige Stunden vor Öffnung der Wahllokale zur US-Präsidentenwahl in eine republikanische Internetseite eingebrochen. Auch eine Internetseite der Demokraten wurde von Hackern geknackt. Die Hacker stürten mit ihrem Eindringen die Funktion der betroffenen Internetseiten kurzzeitig. So erschien am Dienstag unter der Web-Adresse der republikanischen Partei (www.gop.org) eine Botschaft, die zur Wahl des demokratischen Kandidaten Al Gore aufrief. Zur Manipulation des Internet-Auftritts bekannte sich die Hacker-Gruppe 'attrition.org'.

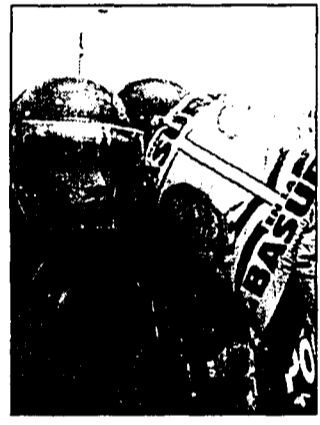
NACHRICHTEN

EU-Osterweiterung nicht vor 2004

HAMBURG: Die EU plant die erste Runde ihrer Osterweiterung nach Informationen der «Financial Times Deutschland» frühestens im Jahr 2004. Dies berichtet das Blatt (Dienstausgabe) unter Berufung auf ein Strategiepapier, das die EU-Kommission heute formell annehmen wolle. Demnach sollen die Verhandlungen mit den politisch und wirtschaftlich reifen Beitrittskandidaten erst in der zweiten Hälfte 2002 abgeschlossen werden. Da die Ratifizierung von EU-Beitritten durch die nationalen Parlamente etwa 18 Monate dauere, sei ein Beitritt vor 2004 praktisch unmöglich, heisst es in der Zeitung weiter. Offiziell solle der Zeitplan beim Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs Anfang Dezember in Nizza beschlossen werden.

Haftbefehl gegen Montesinos

LIMA: Ein peruanischer Richter hat am Dienstag Haftbefehl gegen den früheren Geheimdienstchef Vladimiro Montesinos erlassen.



Ausserdem wurden die Aufhebung des Bankheimnisses für seine Konten und Hausdurchsuchungen verfügt. Dies gab der Sonderstaatsanwalt Jose Ugaz in Lima bekannt. Der Aufenthaltsort von Montesinos ist unbekannt. Die Umtriebe von Montesinos hatten im September in Peru eine politische Krise eskalieren lassen, die seit der umstrittenen Wiederwahl von Staatspräsident Alberto Fujimori im Frühjahr geschwelt hatte. Medien war ein Videoband zugespielt worden, das Montesinos bei der Übergabe von Schmiergeldern an einen Oppositionsabgeordneten zeigte. Daraufhin kündigte Fujimori Neuwahlen ohne seine Kandidatur an. Montesinos setzte sich nach Panama ab, kehrte aber nach einem Monat nach Peru zurück.

Positive Signale für Estland

BERLIN: Deutschland bewertet die Bemühungen Estlands um einen Beitritt zur Europäischen Union positiv. Das sagte der deutsche Präsident Johannes Rau seinem estnischen Amtskollegen Lennart Meri bei dessen Staatsbesuch gestern in Berlin. Estland werde bis 2002 die Vorbereitungen für den EU-Beitritt abgeschlossen haben, erläuterte Meri dem deutschen Präsidenten. Über die Aufnahme in die Europäische Union will er am Mittwoch auch mit dem deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder sprechen.

Zehntausende auf der Strasse

Demonstrationen zum Jahrestag der Oktoberrevolution

MOSKAU: Zehntausende von Menschen haben gestern in Russland und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken mit Aufmärschen und Kundgebungen den 83. Jahrestag der Oktoberrevolution begangen.

Redner beklagten den Verlust der sowjetischen Weltmachtstellung und beschuldigten die Behörden, dem wirtschaftlichen Niedergang des Landes nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion vor neun Jahren weitgehend gleichgültig zu begegnen. Die Kritik an der Regierung fiel im Gegensatz zu den vergangenen Jahren relativ milde aus, da die meisten Menschen, die den früheren Präsidenten Boris Jelzin für das Ende der Sowjetunion verantwortlich machten, in dessen Nachfolger Wladimir Putin einen Hoffnungsträger sehen.

Viele ältere Menschen

In Moskau beteiligten sich über 5000 meist ältere Menschen an einer Demonstration, die vom russischen KP-Chef Gennadi Sjaganow angeführt wurde. Einige Demonstranten schwenkten rote Fahnen und führten Bilder von Josef Wassiljowitsch Stalin mit sich. Sie zogen vom Lenin-Denkmal auf dem Kaluschskaja-Platz zum Bolschoi-Theater und von dort zum Karl-Marx-Denkmal.

An einem zweiten Marsch der radikaleren Russischen Arbeiterpartei nahmen rund 1000 Menschen teil. Der Rote Platz, auf dem zu sowjetischen Zeiten die grosse Revolutionsparade stattfand, war diesmal für Demonstranten gesperrt.

Auch in mehreren anderen Städten Russlands, wie Wolgo-



Zu Ehren der Oktoberrevolution wurden in Russland tausende von Fahnen geschwenkt. (Bild: Keystone)

grad, dem ehemaligen Stalin-grad, und Wladiwostok begingen mehrere tausend Demonstranten den Jahrestag der Revolution. In der ukrainischen Hauptstadt Kiew gingen rund 2000 Menschen auf die Strasse, in der weissrussischen Hauptstadt Minsk waren es an die tausend.

Offizieller Feiertag

Der so genannte Sturm auf den Winterpalast in St. Peters-

burg, der 1917 den Sieg der Bolschewiki über die bürgerliche Regierung Alexander Kerenski besiegelte, fand nach dem damals in Russland gültigen Julianischen Kalender in der Nacht vom 24. zum 25. Oktober statt. Nach dem später eingeführten Gregorianischen Kalender fällt dieses Datum auf den 7. und 8. November. In Russland ist der 7. November auch heute noch ein offizieller Feiertag.

Importverbot?

Furcht wegen Rinderwahnsinn

PARIS: Nach einer Häufung von Fällen der Rinderseuche BSE hat sich in Frankreich eine allgemeine Furcht vor der Übertragung der tödlichen Krankheit auf Menschen breit gemacht. Als eine der Reaktionen werden eine Million Rinder vom Markt genommen.

Angesichts der neuen BSE-Fälle in Frankreich sei es «sehr wahrscheinlich, dass wir mehrere Dutzend Fälle von Creutzfeldt-Jakob haben werden», sagte die Staatssekretärin im Gesundheitsministerium, Dominique Gillot, der Tageszeitung «Le Parisien».

Präsident Jacques Chirac forderte einen umfassenden Stopp der Verfütterung von Tiermehl. Mehrere Provinzstädte wie Avignon und Martignes schlossen sich dem Rindfleisch-Em-

bargo für Schulkantinen an, das bereits in elf von 20 Pariser Arrondissements galt.

Die Supermarkt-Ketten Auchan und Carrefour verzeichneten bei Rindfleisch Verkaufseinbrüche. In den Schlachthöfen ging der Rindfleisch-Umsatz um bis zu 50 Prozent zurück.

Französische Züchter nehmen wegen der zunehmenden Angst eine bis 1,3 Millionen Rinder vom Markt, fünf bis sieben Prozent des Viehbestandes. Alle vor dem 15. Juli 1996 geborenen Rinder würden nicht mehr in die Nahrungskette gelangen, sagte eine Sprecherin des Landwirtschaftsverbandes FNSEA am Dienstagabend in Paris. Mitte Juli 1996 waren in Frankreich strenge Auflagen im Kampf gegen BSE in Kraft getreten.

Blair und Adams: Den Friedensprozess in Nordirland retten

LONDON: Der britische Premierminister Tony Blair und der nordirische Katholikenführer Gerry Adams haben sich am Dienstag zu Gesprächen über den stockenden Friedensprozess in Nordirland getroffen. Er habe ein «gutes Treffen» mit Blair gehabt und habe die Hoffnung, in nächster Zeit zu einer Lösung mancher Probleme zu kommen, sagte der Chef der Sinn-Fein-Partei, dem politischen Arm der Untergrundorganisation Irisch-Republikanische Armee (IRA). Blair und Adams hatten sich zu einer mehrere Stunden zurückgezogen. In der es vor-

rangig um den noch immer nicht beigelegten Streit um die Entwaffnung der IRA gehen sollte, der den Friedensprozess in Nordirland nachhaltig bedroht. Der protestantische Erste Minister Nordirlands, David Trimble, hatte Ende Oktober die beiden Sinn-Fein-Minister aus dem Nord-Süd-Ministerrat ausgeschlossen. Er begründete den Schritt mit mangelnden Fortschritten bei der Entwaffnung der katholischen Untergrundorganisation. Adams wollte bei den Gesprächen Blair von einer Aufhebung der Entscheidung Trimbles überzeugen.